

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 14.02.2012

Europäische Union, Mitgliedstaaten und Regionen: Gemeinsam die Staatsschuldenkrise bewältigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die mit dem Zusammenbruch der Investmentbank „Lehman-Brothers“ im September 2008 begann, schneller überwunden als viele andere Mitgliedstaaten der EU. Besondere Verantwortung bei der Krisenbewältigung haben Wirtschaft und Gewerkschaften übernommen. Aber auch das konsequente Handeln der Bundes- und der Landesregierung im Zusammenhang mit den staatlichen Konjunkturpaketen hat hierzu beigetragen.

Seit dem Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise im September 2009 haben die Mitgliedstaaten der EU erhebliche Fortschritte bei der Verbesserung ihrer wirtschaftspolitischen Steuerung erzielt. Die Europäischen Institutionen und die Staats- und Regierungschefs der EU sowie der Eurozone haben seit dem Frühjahr 2010 eine Reihe von legislativen und finanziellen Maßnahmen und politischen Verabredungen getroffen. Den bisherigen Schlusspunkt bildet die Verständigung der Staats- und Regierungschefs der EU - außer Großbritannien und der Tschechischen Republik - auf den sogenannten Fiskalpakt am 30. Januar 2012. Der Vertrag soll beim Europäischen Rat am 1./2. März 2012 formell unterzeichnet werden und am 1. Januar 2013 in Kraft treten.

Deutschland hat im Interesse Europas, aber auch aus eigenem Interesse große Verantwortung bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise übernommen. Der Bundestag hat bereits im Mai 2010 dem „Stabilitätsmechanismusgesetz“ zugestimmt. Damit einher ging die Zustimmung zur Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF). Am 29. September 2011 stimmte der Bundestag dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus zu. Auch der Bundesrat hat diesen Maßnahmen im Wesentlichen einhellig zugestimmt.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung, auf Bundesebene dafür einzutreten dass,

- die Politik der Bundesregierung bei der Bekämpfung der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise unterstützt wird,
- bei der Weiterentwicklung der EFSF und der Errichtung und Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) das Budgetrecht von Bundestag und Länderparlamenten im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 7. September 2011 berücksichtigt wird,
- bei Entscheidungen von Organen des ESM, die direkte oder mittelbare Auswirkungen auf die Budgets der Mitgliedstaaten oder grundsätzliche Veränderungen von Zielen und Funktionen des ESM haben können, vorher die nationalen Parlamente unter Beachtung der im Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Oktober 2011 festgelegten Leitlinien beteiligt werden,
- sogenannte Eurobonds als Mittel gestalterischer europäischer Finanzpolitik nicht weiter verfolgt werden. Die Vergemeinschaftung von Schulden fällt nicht unter das Solidaritätsprinzip,

- im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik die Einführung einer Schuldenbremse nach deutschem Vorbild in allen Mitgliedstaaten auf EU-Ebene unterstützt wird,
- sich die Bundesregierung weiter aktiv für einen breiten politischen Konsens zur Euro-Stabilisierung und für die Weiterentwicklung der EWWU einsetzt,
- die Notwendigkeit einer kohärenten Verknüpfung der europäischen Fiskal-, Stabilitäts- und Haushaltsziele mit den Zielen der erweiterten Koordinierung der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik befördert wird,
- die von der Staats- und Regierungschefs der EU am 30. Januar 2012 im Rahmen des Fiskalpaktes getroffenen Vereinbarungen möglichst mittelfristig in gemeinschaftsrechtliche Instrumente überführt werden,
- sich die Bundesregierung aktiv für eine demokratische Legitimation der im Rahmen der zukünftig verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung getroffenen Maßnahmen einsetzt und
- der Landtag rechtzeitig über die Maßnahmen und deren fiskalische und haushalterische Auswirkungen unterrichtet wird, mit denen der Bund Verpflichtungen nach dem ESM oder anderen Vereinbarungen eingehen will.

Begründung

Die CDU und die FDP sind die deutschen Europaparteien. Das Bekenntnis für Europa ist für uns nicht nur eine Frage der Vernunft, sondern eine Herzensangelegenheit. Die Bundesregierung hat hierfür während ihrer EU-Ratspräsidentschaft mit der Einigung auf den EU-Vertrag von Lissabon den Weg in die Zukunft gewiesen.

Die Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten in 2011 haben deutlich gemacht, dass die institutionelle, aber auch die wirtschaftliche und soziale Zukunft der EU und der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion entscheidend davon abhängen, ob es den Mitgliedstaaten gelingt, die Folgen der Staatsschuldenkrise durch gemeinsames europäisches Handeln solidarisch zu überwinden. Alle Mitgliedstaaten der EU tragen dafür im Rahmen ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit besondere Verantwortung.

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben bereits im Dezember 2011 den Auftrag gegeben, bis März einen neuen Fiskalpakt für die Euro-Staaten auszuarbeiten. An dieser neuen Stabilitätsunion wollen sich auch - mit Ausnahme Großbritanniens und der Tschechischen Republik - alle Mitgliedstaaten der EU beteiligen. Damit kann das Fundament der Wirtschafts- und Währungsunion gestärkt werden.

Eurobonds wären kontraproduktiv, denn sie führen nicht zu den notwendigen stabilen Verhältnissen. Wenn alle Euro-Staaten über gemeinsame Eurobonds einen einheitlichen Zinssatz hätten, fehlt der Anreiz zu solider Wirtschafts- und Haushaltspolitik. Die Schuldenproblematik des Euro-raums wird durch die Ausgabe gemeinsamer Anleihen der Mitgliedstaaten keineswegs beseitigt, sondern lediglich verschleiert. Die gemeinsame Haftung aller Euro-Länder würde die Schuldenstaaten vor dem disziplinierenden Druck der Märkte schützen und den ökonomischen Anreiz für solide Staatsfinanzen beseitigen. In der Konsequenz würden Eurobonds die Staaten von ihrer Verantwortung für die eigenen Schulden und das eigene Handeln befreien und das Gegenteil von solidem Wirtschaften würde erreicht.

Eigenverantwortung, Stabilität und Wachstum in Europa und seinen Mitgliedstaaten ist entscheidend für den zukünftigen Erfolg und ein gutes Bestehen der noch anstehenden Herausforderungen.

Für die Fraktion der CDU

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr
Fraktionsvorsitzender